

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## P r o t o k o l l

### 18. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 07.06.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:14 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

---

Die Anwesenden sind der Anwesenheitsliste zu entnehmen.

---

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### Protokoll:

#### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Begrüßung**

Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) erfragt, ob die Tagesordnung so genehmigt wird, obwohl die Aktuelle Viertelstunde nicht darauf steht.  
Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände und somit ist die TO genehmigt.

#### zu 2 **Genehmigung des Protokolls zu 2.1 15. Sitzung vom 01.02.2018**

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

#### zu 2.2 **18. Sitzung vom 03.05.2018**

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

#### zu 3 **Mitteilungen**

#### zu 3.1 **des JHA-Vorsitzenden**

Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) berichtet über die Veranstaltung des Jugendhilfeforum. Es wurde sich mit dem anstehenden Jugendfördergesetz beschäftigt. Es gab zu verschiedenen Themen Arbeitsgruppen, die am Ende in einem gemeinsamen Gespräch zusammengefasst wurden.

Im Zusammenhang zum Jugendfördergesetz gibt es auch zwei Stellungnahmen (Arbeitsgemeinschaft 1 – Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und Kiezplenum Sparplatz). Behandelt werden die heute unter TOP 7.

Darüber hinaus berichtet er, dass er am 29.06.2018 von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in den Landesjugendhilfeausschuss zum Thema jugendfördergesetz eingeladen ist.

### **zu 3.2 des Bezirksamtes**

BzStRin Dr. Obermeyer knüpft an Themen aus der letzten Sitzung an und berichtet über die Situation in den RSD's der Jugendämter. Dieses Thema wurde bundesweit, mit der Kernaussage „es fehlen 16.000 Fachkräfte bundesweit!“, diskutiert. Ziel ist es pro Mitarbeiter auf 65 Bearbeitungsfälle zu kommen. Davon sei Mitte, weit entfernt.

Zum Thema Familienservicebüro wurde die aktuelle Planung dargestellt. Das Büro soll im ersten Stock eingerichtet werden, welches aber momentan noch durch das Amt für Bürgerdienste genutzt wird. Der Umzugsplan steht bereits, bedarf aber noch an Zeit. Das Familienservicebüro soll nun vorerst in einen Bürocontainer untergebracht werden, um den Antragservice aufrechterhalten zu können.

Die Stadträtin nimmt für den Bezirk Mitte an der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut teil. Am 01.06.2018 hat die Kommission selbst zum Schwerpunktthema „Wohnen“ getagt. Mitte unterstützt explizit den Bereich „existenzielle Sicherung“ und darunter das Thema „Zugang zu Behördenleistungen, zur Infrastruktur“, das Familienservicebüro soll dort als Maßnahme eingebracht werden.

Zum Bereich „Wohnen“ wird eine extra Stellungnahme rausgegeben. Auch wird es dazu vermutlich eine Sondersitzung im Juli 2018 geben.

Zum Thema Care Leaver hat eine Dienstreise nach Perleberg und ein damit verbundenes Treffen mit zwei Bürgermeister\*innen stattgefunden. Dort ist Wohnraum als auch Ausbildung und Arbeit vorhanden. Dort kann man mit einzelnen Menschen Perspektiven entwickeln. Nach der Sommerpause wird dies weiter verfolgt.

Im Bereich HZE-Zielerreichung sei im Jahr 2017 das Ziel erreicht worden. Für 2018 seien bislang keine Risiken erkennbar.

### **zu 4 Überblick zur Kinder- und Jugendbeteiligung BE: Bezirksamt**

Herr Lehmann (Jugendhilfeplanung) zeigt zusammen mit Frau Homann eine Präsentation, die dem Protokoll angefügt ist.

BzStRin Dr. Obermeyer sagt, dass nur zwei Bezirke Kinder- und Jugendparlamente haben, worüber sie gern bei Gelegenheit sprechen würde.

Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) wünscht die Teilnehmerzahlen, wie viele Kinder wie oft in Prozesse mit einbezogen werden.

BV Kociolek (Grüne) ist bekannt, dass das Bundesministerium für Soziales und Familie bald eine Studie über das deutsche Kinderhilfswerk rausbringen wird. Es gibt derzeit ca. 550 Jugendparlamente in der Bundesrepublik, wobei die Zahl schwankend ist.

BD Schauer-Oldenburg (Grüne) wendet sich an BzStRin Obermeyer und wünscht sich von ihr, dass eine Jugend-BVV durchgeführt wird.

BD Lang erfragt, ob die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Regionen des Bezirks Mitte ungefähr gleich verteilt ist. Und auch ob die Schulen zu diesem Thema aktiv sind.

Frau Homann erklärt, dass die Kinder- und Jugendlichen sehr interessiert sind, wenn es sich um Themen handelt, die sie selbst massiv betreffen (Bsp.: Kinder- und Jugendjury). Die interessierten Kinder- und Jugendlichen wechseln auch, sodass es nicht immer die gleichen Personen sind. Verstärkte Beteiligung liegt in den Projekten zur baulichen Umgestaltung.

Der Bereich Schule ist dabei weniger aktiv.

BV Hauptenbuchner (SPD) schlägt vor, andere Bezirke einzuladen und sich dazu Erfahrungsberichte anzuhören als auch Ideen aufzugreifen.

BV Kociolek (Grüne) sagt, dass es das Thema Jugendbeteiligung bereits im Dezember im Ausschuss für Soziale Stadt mit dem Gast Herr Peter Andreas gab. Es war auch ein Student dabei, der ein Projekt „unter den Linden“ gemacht hat. Kinder durften ihrer Fantasie freien Lauf lassen. Bei Interesse daran schaue man bitte im Protokoll der Dezember-sitzung aus 2017 nach.

Herr Beckmann (Jugendamt) weist darauf hin, dass es auch im Bereich der Schulsozialarbeit an allen Schulen Sozialarbeiter gibt, die entweder aus Bezirksmitteln finanziert werden oder aus dem Landesprogramm. Es gibt ferner Aktivitäten aus dem Bereich „Demokratie Leben“. Unter anderem wird aus diesem Programm ein spezifisches Angebot der Beteiligung für Jugendliche finanziert, was eher im Bereich der aufsuchenden Straßensozialarbeit angesiedelt ist.

BD Depil fragt, ob die beiden offenen Stellen im Kinder- und Jugendbüro bereits ausgeschrieben sind und wenn ja, ob schon das Bewerbungsverfahren läuft?

BzStRin Dr. Obermeyer verneint dies. Man stehe jedoch in den Startlöchern.

**Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) nimmt in den Themenspeicher auf:**

**Einladung von Vertretern des Kinder- und Jugendparlaments Tempelhof/Schöneberg in 2018**

**Einladung der neuen Mitarbeiter des Kinder- und Jugendbüros nach der Einarbeitungsphase in 2019**

## **zu 5      Aktueller Stand Jugendclub Badstraße 10**

Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) erklärt, dass es in der Badstr. 10 eine Zwischennutzung geben soll, nach ein paar Jahren soll es eine endgültige Nutzung geben und es war im Gespräch eine Schulnutzung im Gebäude aufzunehmen. Er bittet das Bezirksamt dazu um Stellungnahme.

BzStRin Dr. Obermeyer erklärt, dass es viel hin und her gab. Denn das eine Konzept passte nicht mit dem anderen zusammen bzw. es fand keine Einigung statt. Jetzt sieht die Planung wie folgt aus: die Jugendfreizeiteinrichtung soll in den ersten Stock. Im Erdgeschoss wird es Sprachfördergruppen nach §55 Schulgesetz geben. Es wird eine Wohnung im Haus geben, die vom Sozialamt an Wohnungssuchende vergeben werden kann.

In einer weiteren Etage soll über die Ernst-Busch-Schule Tanz und Theater stattfinden (gegen Mietzahlung).

Langfristig soll der Mangel an Bürodienstflächen behoben werden. Schulnutzung steht nicht auf der Agenda.

BV Dietzsch (FDP) erfragt den Zeitplan.

BzStRin Dr. Obermeyer antwortet, dass dies sicher noch in diesem Jahr passieren wird.

Grundsätzlich müssen kleine Sanierungsarbeiten vorgenommen werden, die aber nicht viel an Zeit kosten.

BD Depil erfragt die vor kurzem noch angebrachten größeren Probleme der Instandsetzung und der Höhe der Miete?

Frau Goral (Leiterin Jugendamt) erklärt, dass genau deshalb dieses Zwischennutzungskonzept sinnvoll ist. Man verschafft sich Zeit um das Gebäude sanieren zu lassen und es dann in das Fachvermögen des Jugendamtes zu übernehmen.

BV Kociolek (Grüne) hinterfragt seine Info, dass es im Erdgeschoss eine Art Begeg-

nungskaffee geben sollte und wie das mit den Sprachgruppen zusammen zu bringen wäre?  
Es ist dort nicht barrierefrei – ein Fahrstuhl müsste verbaut werden.

**zu 6      Beschlussvorlage: Interessenbekundungsverfahren Familienzentrum Tiergarten Süd (s. Anlage)**

Herr Lehmann (Jugendhilfeplanung) beantwortet die Frage von BV Hauptenbuchner (SPD): Die Sanierung der Villa Lützow und dem Hauptgebäude wird im Februar/März 2019 abgeschlossen sein. Die meisten, wie der Jugendclub oder auch der Kindertreff „Flip“ werden zurückziehen in das Hauptgebäude. Das Café ist nur eine Tür weiter gezogen. Wünschenswert wäre noch, dass das Familienzentrum dort einzieht, so wären alle Räumlichkeiten der Lützowstr. 28 mit Jugendhilfeangeboten versehen. Es gibt Zusagen für das Hauptgebäude. Für den Flachbau gebe es die bisher nicht.

Erstes Treffen der Arbeitsgruppe soll der 03.07.2018 um 17 Uhr in der KMA 31 R.720 sein.

**zu 7      Berichterstattung aus den AG'en 78**

AG I:

Die erarbeitete Stellungnahme wurde versandt. Um die Zustimmung und die Übernahme zur Weitergabe an die BVV sowie dem Abgeordnetenhaus und die zuständ. Senatsverwaltung des Jugendhilfeausschusses wird gebeten.

AG Kiezplenum / Sparplatz, Herr Kühbauer:

Herr Kühbauer meint, dass dieses Gesetz evtl nur dazu gedacht ist die Theorie der dereitigen Praxis anzupassen.

Er spricht sich gegen die Stellungnahme aus.

BD Depil spricht sich für die Stellungnahme aus.

Der Vorsitzende BV Siewer (Grüne) ruft zur Abstimmung auf und lässt erst den Antrag der AG Kiezplenum/Sparplatz abstimmen:

	Ja	Nein	Enthaltung
Grüne		1	1
SPD		2	
Linke		2	
CDU		1	
AfD			
FDP			1
Bürgerdepütierte		3	2

**Der Antrag ist somit bei 9 Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig abgelehnt.**

Abstimmung des Ursprungsantrags

	Ja	Nein	Enthaltung
Grüne	2		
SPD		2	
Linke		2	

CDU	1
AfD	
FDP	1
Bürgerdepütierte	5

**Der Antrag ist somit einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.**

Frau Suleyman der AG schulbezogene Jugend- und Sozialarbeit teilt mit, dass am 18.10.2018 im FISS ein pädagogischer Fachtag stattfinden wird.

**zu 8           Berichterstattung aus der Spielplatzkommission**

Es gibt keine weiteren Berichte des Bezirksamtes sowie keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss dazu.

**zu 9           Vorbereitungsgruppe zum Thema "Von Abschiebung bedrohte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene"**

Seitens des Jugendamtes gibt es hierzu drei Terminvorschläge:

19.06.2018	17:30 Uhr
20.06.2018	17:30 Uhr
27.06.2018	17:30 Uhr

Ortsvorschlag: KMA / Raum von Frau Wolf

BD Schauer-Oldenburg (Grüne), BV Linnemann (SPD), BV Siewer (Grüne) haben sich, als Mitglieder des JHA, bereit erklärt die Gruppe zu unterstützen.

Es wird sich auf den 19.06.2018 um 17:30 Uhr geeinigt.

BD Schauer-Oldenburg erfragt beim Bezirksamt, wer Sanktionsmaßnahmen zu erwarten hat, wenn ein Kind zur Schule gehen will (Schulpflicht!), es aber keinen Schulplatz gibt? Wie wird mit einer solchen Situation umgegangen?

BzStRin Dr. Obermeyer verweist auf den Schulausschuss und den dafür zuständigen BzStR Spallek.

Frau Samuray (Jugendamt) empfiehlt bei auftretendem Fall die Sprechstunde der Schulaufsicht zu besuchen.

Frau Goral (Leiterin Jugendamt) erklärt, dass der Handlungsleitfaden derzeit aktualisiert wird.

**zu 10           Beratung von Drucksachen**

**zu 10.1       Es liegen aktuell keine Drucksachen vor**

**zu 11           Vorlagen zur Kenntnissnahme**

**zu 11.1       Bezirksamtsvorlage Nr. 447: Zielsystem für das Kalenderjahr 2018 Bericht über das Erreichen der Ziele zum 31. März 2018**

BzStRin Dr. Obermeyer möchte sich zum Ausbauziel „Kita“ äußern. Es müssen weitere 500 Plätze geschaffen werden, was allerdings einen riesigen Ausbau erfordert. Ebenfalls besteht weiterhin Fachkräftemangel. Demnach wäre momentan selbst dann, wenn die 500 Plätze platztechnisch einsetzbar wären, eine Betreuung der Kinder nicht möglich.

Die Formulierung des Ziels soll noch mal überarbeitet werden, denn der Bedarf liegt bei 1200 Plätzen, nicht bei 500.

**zu 12**      **Verschiedenes**

Es gibt keine zu besprechenden Themen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

gez.

Tilo Siewer  
Vorsitzender

Nina Geltat  
Protokollantin